

Das Zuwanderungsgesetz als Chance für Deutschland – ein historischer Rückblick

Sebastian Mechea, Berlin

Am 1. Januar 2005 trat in der Bundesrepublik das so genannte Zuwanderungsgesetz in Kraft. Diese grundlegende Novellierung des Ausländer- und Aufenthaltsrechts war seit Jahren in der innerdeutschen Politik stark umstritten. Erst im zweiten Anlauf, der von einem breiten politischen Konsens geprägt wurde, konnte das Gesetzgebungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden; im Jahr 2002 hatte das Bundesverfassungsgericht die erste Fassung des Zuwanderungsgesetzes noch aus formellen Gründen für nichtig erklärt.

Kernstück des Gesetzes ist – neben Regelungen zur besseren Integration von Zuwanderern, Aufenthaltsrechten aus humanitären Gründen und erleichterter Abschiebung von Ausländern, die ein erhöhtes Sicherheitsrisiko darstellen, – die Erleichterung der Arbeitsmigration. So wird z.B. für Studenten die Möglichkeit geschaffen, sich nach dem Abschluss ihres Studiums noch für ein Jahr in Deutschland zur Arbeitsplatzsuche aufzuhalten. Für hoch qualifizierte Zuwanderer wird zudem eine erleichterte Zugangsmöglichkeit geschaffen, mit der sich Deutschland eine bessere Ausgangsposition im Wettbewerb um die weltweit besten Köpfe verschaffen will.

Dieser letzte Aspekt lässt auf einen langsamen Sinneswandel in der deutschen Gesellschaft bzw. zumindest in politischen Kreisen schließen. Wurden Migranten seit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit in den späten 70er Jahren zunehmend als Arbeitsplatzkonkurrenten gesehen, so setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass Deutschland auf Einwanderung angewiesen ist. Demographen verweisen auf den absehbaren Bevölkerungsrückgang der nächsten Jahrzehnte, Ökonomen verlangen nach jungen, flexiblen und motivierten Arbeitskräften. So schätzen Wirtschaftsforschungsinstitute, dass in Deutschland im laufenden Jahrzehnt eine Nettozuwanderung von jährlich rund 200 000 Personen notwendig sei, um das Erwerbspotenzial konstant zu halten.

Das lange in Deutschland vorherrschende Bild des Zuwanderers war durch die Migration in die Bundesrepublik der Nachkriegszeit geprägt. Die boomende Wirtschaft des Wirtschaftswunderlands verlangte ab Mitte der 50er Jahre vor allem nach gering qualifizierten Arbeitskräften, sodass viele Italiener, Portugiesen und Türken ins Land strömten, die bereit waren, körperlich schwere oder schlecht bezahlte Arbeit zu übernehmen. Viele Deutsche sahen daher in den Menschen, die ihre Heimat auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen hatten, lediglich den kalabresischen oder anatolischen Industriearbeiter, der wenig anspruchsvolle Tätigkeiten ausführt. Daher waren auch die Assoziationen, die man mit Migranten verband, nicht allzu positiv. Diese blieben mit ihren anders anmutenden Sitten und Gebräuchen lange Zeit Fremde, die meistens keinen Kontakt zu Deutschen pflegten und unter sich blieben. Die Mischung aus Selbstabgrenzung, schlechten Sprachkenntnissen und niedrigem Bildungsniveau führte zu weiterer Isolation und geringen Mobilitätschancen, angeblich auch zu höheren Kriminalitätsraten. Dies wiederum ließ Vorurteile entstehen oder bestätigte diese.

Was aber von großen Teilen der Bevölkerung übersehen wurde, ist die enorme Leistung, die von den Zuwanderern erbracht wurde. Sie schafften es oftmals binnen kurzer Zeit, sich an ein Umfeld zu gewöhnen, das ihnen vollkommen fremd war. Zusätzlich unterstützten sie mit dem in Deutschland verdienten Geld ihre im Heimatland lebenden Angehörigen. Letztendlich trugen die Zuwanderer, indem sie Güter produzierten und Dienstleistungen erbrachten, auch zum Wirtschaftswachstum, also zum allgemeinen deutschen Wohlstand bei. Zudem zahlten sie Steuern, sodass die umlagefinanzierten deutschen Sozialversicherungssysteme mitfinanziert wurden. Migranten sind also nicht nur „Wirtschaftsflüchtlinge“, denen die reichen Länder des Westens großzügig die Möglichkeit eines „besseren Lebens“ geben. Und vielleicht kann man von den Zuwanderern, so fremd sie in ihren Sitten und Gebräuchen manchmal sein mögen, auch für das Vorankommen im eigenen Land etwas lernen.

Wissenschaftler wie der Historiker Karl Schlögel, der an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder lehrt, sehen das den Migranten innewohnende „Nomadentum“ nicht als Schicksal, sondern als Chance. Die Migranten „sind – wie das Beispiel der Hugenotten, der Juden, der Armenier, der Inder in Ostafrika oder der Hongkong-Chinesen zeigt – die Avantgarde der Innovation und Modernisierung“ (NZZ vom 30.12.2004). Nur in ihnen mische sich die Situation des Traditionsbruchs, die Notwendigkeit, ganz neu und von unten anfangen zu müssen, mit der Fähigkeit, eine Zeitlang in Provisorien leben zu können. „Innovation, Improvisationsfähigkeit, ethnisch und kulturell bedingte Kohäsion der jeweiligen Diaspora, Elastizität, Anpassungsfähigkeit – all das macht die Migranten zu den idealen Agenten sozialer und kultureller Modernisierung“ (NZZ vom 30.12.2004).

Um diese These zu überprüfen, muss man sich nicht andere Länder anschauen, um Beispiele für eine erfolgreiche Auswanderung mit positiven Auswirkungen für die Aufnahmegesellschaften zu finden. Die Spätaussiedler, die im Zeitraum 1990–2001 mit 2,2 Millionen Menschen die größte Gruppe der Zuwanderer nach Deutschland darstellten, erinnern daran, dass Deutschland vor langer Zeit selbst ein Land war, das nicht Ziel-, sondern Ausgangsland von Migration war. Schon seit dem Mittelalter war der Osten Europas das Ziel vieler Deutscher, die auf der Suche nach einem besseren Leben ihre überbevölkerten oder vom Krieg heimgesuchten Dörfer und Städte hinter sich ließen. Sie kamen nach monatelanger Reise in menschenleeren, brachliegenden Landstrichen an, die sie in jahrelanger mühevoller Arbeit kultivierten. Dies geschah mit derartigem Erfolg, dass die neu besiedelten Länder zu prosperierenden Regionen wurden und den Siedlern ein gutes Auskommen sicherten. Ihre Nachfahren kehren nun – wiederum auf der Suche nach einem besseren Leben – als Spätaussiedler nach Deutschland zurück.

Die deutsche Ostsiedlung erfolgte dabei nicht nach einem einheitlichen Muster. So unterscheiden sich zum Beispiel die in Rumänien lebenden Deutschen deutlich hinsichtlich ihrer Herkunftsgebiete, dem Zeitpunkt ihrer Einwanderung, ihrer Siedlungsgebiete und der historischen Entwicklung. Die Siebenbürger Sachsen, die ältesten deutschen Siedler auf dem Territorium des heutigen Rumänien im transsylvanischen Karpatenbogen, ließen sich dort bereits ab Mitte des 12. Jahrhunderts nieder. Die Kolonisten, die vorwiegend aus dem linksrheinischen fränkischen Raum stammten, folgten dem Ruf des ungarischen Königs Geza II. zur wirtschaftlichen Erschließung seines Landes, später waren sie zum Schutz der Grenzen gegen Mongolen- und Tatareneinfälle gefragt. Sie erhielten zahlreiche Privilegien, wie persönliche Freiheit, weit gehende Verfügungsrechte hinsichtlich ihres Besitzes und eine eigene

Gerichtsbarkeit. Anstatt Frondienste zu leisten, musste die Siedler nur einen festen Zinssatz entrichten. Auf diese Weise gelang es, im heutigen Transsylvanien eine Insel wirtschaftlichen Wohlergehens und kultureller Blüte zu errichten, die den weiter südlich und östlich liegenden rumänischen Fürstentümern in kultureller und ökonomischer Hinsicht weit voraus war. Als Beispiel sei angeführt, dass zu Beginn des 16. Jahrhunderts fast jede siebenbürgisch-sächsische Gemeinde ihre eigene Schule hatte, während die Alphabetisierung in den rumänischen Gebieten erst Mitte des vergangenen Jahrhunderts zum Abschluss gebracht werden konnte. Aufgrund des lebhaften Kontaktes der siebenbürgischen Sachsen zur ihrer alten Heimat gelangte auch das Gedankengut von Renaissance und Humanismus sowie der Reformation in den Südosten Europas – ein Gewinn für die dortige Kultur. So ist zum Beispiel die Entstehung anspruchsvoller Texte kirchlichen Inhalts in rumänischer Sprache im 16. und 17. Jahrhundert auch dem von Siebenbürgen ausgehenden Einfluss der lutherischen Reformationsbewegung zu verdanken.

Die zweite große deutsche Einwanderungswelle nach Rumänien erfolgte im 18. Jahrhundert durch die so genannten Banater Schwaben, die das damals unter der Türkenherrschaft ganz verödete Banat besiedelten. Um das verwüstete, menschenleere Sumpfgebiet wieder urbar zu machen und dort Gewerbe und Handel zu treiben, wurden vorwiegend im süd- und westdeutschen Raum Bauern, Handwerker, Berg- und Facharbeiter angeworben und in drei „Schwabenzügen“ im Zeitraum 1722 bis 1790 angesiedelt. Sie brachten hoch entwickelte Agrar- und Handwerkstechniken mit, von denen im Laufe der Zeit auch die umliegenden Gemeinschaften der Rumänen, Serben und Ungarn Nutzen zogen.

Nicht nur anhand der deutschen Ostsiedlung im heutigen Rumänien kann man sich ein Bild von der Aufbauleistung der Migranten und ihrem positiven Einfluss auf die Zielländer machen. Das Russische Reich beispielsweise warb in der zweiten Hälfte des 18. und ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wiederholt Siedler aus dem deutschen Sprachraum an, die an der unteren Wolga, am nördlichen Ufer des Schwarzen Meers und in Bessarabien angesiedelt wurden. Auch hier wurde das Land urbar gemacht und kultiviert, und das mit großem Vorteil für den russischen Staat. Die deutschen Siedler zahlten Steuern und nahmen aktiv am russischen Wirtschaftsleben teil. So wurde das in den deutschen Kolonien in Südrussland angebaute Getreide zu einem wichtigen Exportgut Russlands und die gesamte Region – auch mit tatkräftiger Unterstützung der Kolonisten – zu einer der Kornkammern Europas.

Wie diese historischen Beispiele zeigen, können Migranten eine Bereicherung für das jeweilige Zielland sein. Auch wenn es zuweilen Akzeptanz- und Integrationsprobleme gibt, überwiegen die positiven Aspekte deutlich. Die Einwanderer bringen frische Ideen und Know-how mit, welche die Kultur, Mentalität und technische Entwicklung des Ankunftslandes anregen und bereichern können. Daher sollte man hierzulande die Zuwanderung nicht als Gefahr, sondern als Chance für Deutschland sehen, alte Strukturen aufzubrechen und neue Energien freizusetzen.

Sebastian Mechea, Dipl.-Jur., geb. 1977 in Klausenburg/Rumänien, Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen und Berlin, seit Oktober 2004 Masterstudium Osteuropastudien an der FU Berlin.

Quellen:

Bundesministerium des Inneren. Broschüre Innenpolitik, Heft 3/2004: "Das neue Zuwanderungsgesetz - Ein zweiter Schritt nach dem modernisierten Staatsangehörigkeitsgesetz";

URL:

http://www.bmi.bund.de/cln_007/nn_121894/Internet/Content/Broschueren/2004/Innenpolitik__3__2004__1de.html

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. „Das neue Zuwanderungsrecht: Eine Übersicht über die wichtigsten Inhalte“;

URL: <http://www.integrationsbeauftragte.de/download/ZuwanderungsgesetzUebersicht.pdf>

Eisfeld, Alfred: Die Entwicklung in Russland und in der Sowjetunion, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267 „Aussiedler“

Gabanyi, Anneli Ute: Geschichte der Deutschen in Rumänien, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267 „Aussiedler“

Schlögel, Karl: Lob des Nomaden. Die Migranten als Avantgarde der globalen Modernisierung, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.12.2004